

Pressedienst des Deutschen Orient-Instituts 6/2019



UN-Untersuchung erhebt Vorwürfe gegen Saudi-Arabien

Nicht nur handle es sich um einen vorsätzlichen Mord an Jamal Khashoggi durch saudische Offizielle, sondern Riad habe auch versucht, die Untersuchung zu behindern. Der Kronprinz Mohammed bin Salman soll indes bereits ein Jahr zuvor solche Intentionen angedeutet haben. [UN News](#) [NYT](#)

Westliche Waffen im Jemen

Ein neuer Bericht der NGO Amnesty International dokumentiert die Verbreitung einer Vielzahl verschiedener Waffen unter im Jemen aktiven Milizen. Viele davon sollen von den VAE geliefert worden sein – was gegen jeweilige Endverbleibsbestimmungen verstieße. [AI](#) [BBC](#)



Verfassungsänderungen in Ägypten vorgeschlagen

Die Amtszeit des Präsidenten soll von 4 auf 6 Jahre verlängert und in der Zukunft auf 2 Perioden begrenzt werden – womit al-Sisi theoretisch bis 2034 im Amt bleiben könnte. Außerdem soll das Militär verstärkt gegen die Opposition vorgehen können. [Al-Monitor](#)

Marokko setzt Wehrpflicht ein

Marokko hat die seit rund 12 Jahren ausgesetzte Wehrpflicht reaktiviert. Der einjährige Dienst soll für Männer zwischen 19 und 25 Jahren verpflichtend sein mit Ausnahmen für Studenten und optional für Frauen und Doppelstaater. In der Bevölkerung wurde die Entscheidung gespalten aufgenommen. [Al Arabiya](#)



Deutsches Orient-Institut

Kronenstraße 1

10117 Berlin

☎ 030 / 206410-21

📠 030 / 206410-29

doi@deutsches-orient-institut.de

<http://deutsche-orient-stiftung.de/>

[Unsubscribe](#)